

# DIE LINKE kritisiert neue Pläne für den „Wohnpark Weddinghofen“

Viel Zustimmung gab es vor über drei Jahren, als der Vorstandsvorsitzende der FAKT AG Hubert Schulte-Kemper die Pläne für das neue Wohnquartier an der Berliner Straße vorgestellt hatte. Insbesondere der Plan, dort auch sozialen Wohnungsbau zu realisieren, fand großen Beifall. Davon war am Dienstag im Stadtentwicklungsausschuss keine Rede mehr. Die FAKT AG hat den Partner gewechselt, und der möchte wohl auch die Grundstücksgrößen verringern.

Dieser Plan stieß auf Kritik von Ausschussmitgliedern. Dazu hat jetzt der Ortsverband DIE LINKE, der im neuen Stadtrat mit zwei Mitgliedern vertreten sein wird folgende Erklärung abgegeben:

*„In dem von der Fakt AG genannten Wohnpark Weddinghofen‘ – wo derzeit noch die Heideschule steht und sich der ehemalige Festplatz des Ortsteils befindet – sollen laut Homepage des Unternehmens ca. 74 unterschiedliche Wohneinheiten (Stadtvillen, Doppelhaushälften, Reihenhäuser und auch Mehrfamilienhäuser) von individuellen Wohnungsbau bis hin zu frei finanzierten und auch öffentlich geförderten Mietwohnungen entstehen.*

*Auch der hohe Frei- und Grünflächenanteil von 24%, sowie die Schaffung von einem Kinderspielplatz, als auch die Integration einer Kindertagesstätten, sowie Beibehaltung der Fußgänger- und Radwegeverbindung haben das Neubaugebiet an der Berliner Straße doch recht attraktiv erscheinen lassen.*

*Doch wie der Stadtentwicklungsausschuss am Dienstag erfahren hat, soll der neue Partner der Fakt AG andere Pläne haben: 65 Wohneinheiten, die sich auf 48 Doppelhäuser, 11 Reihenhäuser und 6 Einfamilienhäuser verteilen, sollen auf dem Gelände*

entstehen. Von den zum Teil barrierefreien Mietwohnungen, insbesondere dem öffentlich geförderten Wohnungsbau ist dagegen nichts mehr zu sehen!

Wohnen ist ein Menschenrecht und darf nicht weiter zum Spekulationsobjekt von Finanz- und Immobilienkonzernen verkommen. Die Schaffung von neuem Wohnraum muss sich an und nach den Bedürfnissen der Menschen richten, weshalb dieser nicht nur allein durch Eigenheime geschaffen werden darf.

Wir LINKE fordern aus diesem Grund die 12 ursprünglich geplanten öffentlich geförderten Wohneinheiten nicht nur wieder in die Pläne zu integrieren, sondern auch, dass in der Stadt Bergkamen zukünftig kein Neubaugebiet ohne öffentlich geförderte Wohneinheiten entstehen darf und soll!“